



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 35

16. Dezember 1950.

P/V/293

Einweise
auf den Inhalt:

Weihnachtsferien in Bonn	S.1
Nach der Verkündung des "nationalen Notstands" in den ASA	S.3
Versuche, die Wahlresultate zu umgehen SPD zum "Friedenssicherungs-Gesetz"	S.4 S.6

Düsterer Ausklang

Von Peter Raunau

Bonn, das heisst hier der Sektor um das Bundeshaus, ist leer geworden. Der Hauptausschuss und der Ausschuss für Petitionen haben noch Sitzungen angesagt, einige Besprechungen finden noch statt, die meisten Redaktionsbüros sind dabei, zur "Stallwachenbesetzung" überzugehen. Aber die Masse der berufsmässig neugierigen Frager hat sich verzogen. Die Ämter atmen auf. -

Man muss zugeben, dass bis zum vergangenen Freitag mit Eifer gearbeitet worden ist. Ob auch mit Erfolg, ist eine Frage, auf die die Antwort je nach dem politischen Standort sehr verschieden ausfallen mag. Es wurden einige sozialpolitische Gesetze in den letzten Sitzungen verabschiedet. Aber man weiss, ob man es zugibt oder nicht, dass sie Stückwerk sind, und bei einigen hat man sogar den etwas peinlichen Eindruck, dass ihr Zustandekommen doch stark dem Bedürfnis nach einem guten vorweihnachtlichen Eindruck, also dem zu danken ist, was man unter politischer Optik versteht. Entscheidende Anliegen des Volkes blieben unberücksichtigt und werden es leider noch lange bleiben. Die Regierung behauptet konstant, sie habe ihr Bestes getan. Einigermassen glaubhaft nachweisen kann sie das nicht, allzu gross ist die Zahl ihrer Entscheidungen, die nicht die Not diktiert hat, sondern der Wunsch, diese Not nicht allzu sichtbar werden zu lassen und im übrigen denen kräftig unter die Arme zu greifen, die solcher Hilfe am wenigsten bedürfen.

Vollends trübe sieht es auf dem Gebiete der Aussenpolitik, und

war dem der Beziehungen Deutschlands zu den Hohen Kommissaren und dem des internationalen Geschehens auf der höchsten Ebene aus. Die Konferenz in Brüssel beginnt. So schwierig die Antwort sein mag, die Fragestellung ist denkbar einfach: Wird es gelingen, die auch heute im Verhältnis zu den beiden Riesen der US und der SU noch recht ansehnlichen Kräfte Europas rechtzeitig und vollkommen unter Bedingungen zu mobilisieren, die allen Bestandteilen dieses Europas lohnend erscheinen, weil sie gerecht und vernünftig und deshalb unerlässlich sind?

Man verlangt von den Deutschen Grosszügigkeit und Verständnis. Warum ist es so schwer, diese Tugenden selbst dadurch aufzubringen, dass man mit der Erinnerung an den vergangenen Krieg bricht, um der Gefahr des künftigen wirksam zu begegnen? Anerkennung der Vorkriegsschulden als Vorbedingung für ein revidiertes Besatzungsstatut - das ist so eine wahrhaft unzeitgemässen und unrealistischen Formeln, mit denen man die eigene Torheit in dem Augenblick beweist, in dem man die der anderen verurteilt. Die Bereitschaft des Kanzlers, hier seine Unterschrift ohne jede parlamentarische Legitimation zu geben, unterstützt solche Kurzsichtigkeit - von der Vergewaltigung der öffentlichen Meinung in Deutschland, die darin liegt, ganz abgesehen.

Politische Weihnachtspredigten und mehr oder weniger tiefgründige Jahresrück- und Ausblicke werden in den nächsten 14 Tagen als eine friedliche Sturmflut auf die abgestumpften Nerven der sorgenerfüllten Menschen herunterbrechen. Gegen die andere reale Sturmflut, deren drohende Gewalt die Menschen drückend belastet, werden sie keinen Damm aufrichten. Das können nur durchgreifende Entschlüsse. Auch hier hätten die politischen den militärischen voranzugehen. Das ist die Hoffnung. Aber der Ausklang des Jahres bleibt düster.

+ + +

Ein ernster Schritt Trumans

dt. Noch ist nicht gewiss, ob Mao-Tse-Tungs Truppen den 38. Breitengrad überschreiten werden. Zwar formieren sie sich, wenn man diesmal dem Nachrichtendienst McArthur glauben darf, nördlich dieser im jetzigen Stadium bisher nur diplomatisch unkämpften Linie zum Angriff, aber die Pause zwischen dem Ablassen vom Gegner und der vermuteten neuen Offensive dauert schon zu lange, als dass man sie nur mit militärischen Rücksichten begründen könnte. Man kann vielmehr annehmen, dass Maos Truppen aus politischen Gründen die Verfolgung der 8. Armee eingestellt und so McArthur ermöglicht haben, südlich des 38. Breitengrades neue Stellungen zu beziehen, während gleichzeitig in Lake Success Vermittlungsversuche einsetzten.

Die aufmarschierte rotchinesische Armee drückt auf Lake Success, sie gibt angesichts der militärisch wenig aussichtsreichen Lage der UNO-Truppen den Forderungen Maos ein Gewicht, dem die USA heute nichts Gleichwertiges gegenüberstellen können. Die Betonung muss dabei auf heute liegen, denn inzwischen hat Präsident Truman den "Nationalen Notstand" verkündet und damit in drastischer Weise zu erkennen gegeben, dass die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, das heutige Handicap der USA zu beseitigen. Als die Vereinten Staaten es auf sich nahmen, im Namen der UNO den kommunistischen Überfall auf Korea zurückzuschlagen, glaubte man nicht, dass man dabei mit Rotchina zusammenstossen würde. Was für Korea mobil gemacht wurde, hätte gegen die nordkoreanischen Kommunisten genügt. Es reicht nicht gegen die Millionenarmeen Rotchinas und gegen die im Hintergrund stehende Sowjetunion. Darum auch hat Truman in seiner Proklamation nichts von Nordkorea oder Rotchina gesagt, sondern sich direkt an den Gegner gewandt, auf den es ankommt. Auf die gegenwärtige Lage bezogen, kann die Proklamation des nationalen Notstandes trotzdem als ein Gegengewicht gegen die aufmarschierte rotchinesische Armee betrachtet werden.

Es ist freilich ein Gegengewicht mit Fernwirkung. Amerikas Mühlen mahlen wohl sicher, aber langsam. Es werden Monate vergehen, ehe Generalstabschef Omar Bradley aus dieser Massnahme neue Divisionen zur Verfügung haben wird. Die Vermittlungsversuche im Koreakrieg werden aber nicht Monate dauern, denn Mao wäre ein schlechter Politiker und Feldherr, würde er so lange warten, bis frische US-Divisionen ihm die Überlegenheit nehmen, mit der er jetzt in Lake Success und

am 38. Breitengrad auftreten kann. Scheitert das indische Befriedigungs-
bemühen und gibt Mao den Befehl zum Losschlagen, dann wird trotz
nationalem Notstand die Lage für die 8. Armee bedrohlich. Es wäre
sinnlos, das zu leugnen und sich darauf nicht einzustellen, ebenso
wie es sinnlos wäre, die heute vorhandenen Reserven nur um des Presti-
ges MaArthurs willen in Korea aufs Spiel zu setzen.

Eine Vierer-Konferenz zeichnet sich auf dem diplomatischen Ho-
rizont ab. Sie wird von einem ungewöhnlichen Ernst umwölkt sein. Ob
die Lage so ernst ist, wie es die Verkündung des nationalen Notstan-
des anzeigen will, oder ob die amerikanische Politik der eiskalten,
berechnenden Diplomatie Moskaus ins Garn gelaufen ist, lässt sich
von Deutschland aus, das in diesem Spiel nur Objekt ist, schwer be-
urteilen. Sicher ist, dass die Stellung Amerikas bei der zu erwar-
tenden Vierer-Konferenz dadurch bestärkt worden ist. Ebenso sicher
aber sollte sein, dass alle politischen Faktoren in Westdeutschland
ihre Bemühungen daran setzen, weder in eine amerikanische Psychose,
noch in die Netze der russischen Diplomatie gerissen zu werden. Es
gibt solche Möglichkeiten trotz Besatzungsstatut.

- - - - -

Schluss mit dem autoritären Kurs !

Von Klaus-Peter Schulz

In einer Zeit, in der objektive Notwendigkeiten von ungeheurem
Gewicht für die Menschheit nach einer Zusammenfassung aller Kräfte
für die Verteidigung der Freiheit geradezu schreien, schickt sich
das deutsche Bürgertum offenbar an, mit einem stumpfen und dumpfen
einsichtslosen Fanatismus auch die vielleicht letzte ihm gegebene
Chance zur Freiheitsverwirklichung hoffnungslos zu verspielen. Wür-
de es zum Ziel seiner augenblicklichen Wünsche gelangen, so hätte
es damit zum dritten Mal in einer Entscheidungssituation versagt.
Zum ersten Mal versagte es 1848/49, als es sich in seinem Opportu-
nismus als unfähig erwies, sein ureigenes und unvertretbares revolu-
tionäres Anliegen mit Hilfe des Vierten Standes zum Vollzug zu brin-
gen. Zum zweiten Male versagte es 1933 mit der Zustimmung zum Ermäch-
tigungsgesetz, weil es hoffte, durch stillschweigende Tolerierung
der von Hitler veranstalteten Treibjagd auf alle Sozialisten seine
eigenen soziologischen und ökonomischen Positionen retten zu können.
Würde es heute, wie es leider den Anschein hat, zum dritten Mal versage,
wäre dies gleichzeitig seine größte und unverzeihlichste geschicht -

liche Schuld.

Nur erlebte und empfundene, nicht aber erheuschelte und bereits heimtückisch geschändete Freiheit ist verteidigungswert. Diese elementare Erkenntnis scheint sich auch bei den Stimm- und Wahlbürgern in der Bundesrepublik mehr und mehr durchzusetzen. Sowohl in Hessen wie in Württemberg-Baden und Bayern gab es jüngst einen so deutlichen und unverkennbaren Linksrutsch, dass schon alle jesuitische Rabulistik etwa des "Rheinischen Merkur" dazu gehört, um diese Wahlergebnisse in einen Erfolg der Adenauer Koalition umzufälschen. Es ist wahrhaftig kein blinder politischer Zufall, wenn eine Partei in einem Lande, indem sie bisher unter soziologisch und weltanschaulich ungünstigen Bedingungen operierte, vor allen Konkurrenten an die Spitze rückt, wie etwa die SPD in Bayern. Das gleiche Phänomen war in Württemberg-Baden zu verzeichnen, wo die SPD bisher gleichfalls nicht im vorersten Rennen lag.

Die selbstverständlichen Spielregeln der parlamentarischen Demokratie, die die SPD selbst auf der Bundesebene nach dem 14. August 1949 trotz knappen Vorsprungs der CDU dieser Partei gegenüber auf peinlichste beobachtete, räumen der jeweils stärksten Partei automatisch den Vorrang bei der Regierungsbildung ein. Was aber bisher nach dem 19. November in Württemberg-Baden und nach dem 26. November in Bayern vor sich ging, ist nichts als blutigster Hohn auf die selbstverständlichen Grundsätze und Methoden politischer Freiheit, für deren Verteidigung doch angeblich die CDU und die Freien Demokraten mit so viel Getöse und Wortgepränge in die Schranken treten wollen. Nicht nur mit einem Zynismus sondergleichen, sondern auch mit den traurigsten taktischen Finessen versuchen sich die Bonner Koalitionsparteien über den deutlich zum Ausdruck gekommenen Willen der Wählerschaft hinwegzusetzen.

Wie soll man es anders interpretieren, wenn in Württemberg-Baden zunächst die CDU mit einer Schmollmiene aus der bisherigen Koalition heraustranzte und die Demokratische Volkspartei gegenüber dem selbstverständlichen Anspruch der SPD, als stärkste Partei den Ministerpräsidenten zu stellen, hartnäckig darauf beharrt, Dr. Reinhold Maier in seiner bisherigen Funktion zu belassen. Hier soll die Amtsführung Dr. Maiers trotz vieler Angriffsflächen nicht im einzelnen kritisiert werden, wohl aber lohnt es sich, in Erinnerung zu bringen, dass der

gleiche Dr. Maier als Sprecher der Staatsprateri am 23. März 1933 wörtlich erklärte: "Wir fühlen uns in den grossen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, die heute vom Reichskanzler (Hitler) vertreten wurde."

Welche Einflüsse bestimmten die bisherige bayrische CSU-Regierung Ehard, auf irgendwelche Verfassungsformalien gestützt, bisher nicht zurückzutreten? In beiden Fällen aber ist die Rechnung ohne den Wirt gemacht: die deutsche Arbeiterschaft, die in den letzten harten Jahren ein Beispiel von Selbstdisziplin, Besonnenheit und Geduld gezeigt hat, wird den Kampf um die soziale und politische Freiheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln notfalls auch gegen scheinbare "Demokraten" zu führen wissen, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als verkappte und unbelehrbare Reaktionäre.

SPD zum sowjetzonalen "Friedenssicherungs-Gesetz"

sp. Das Büro des Parteivorstandes der SPD gibt bekannt:

Die sowjetzonale Volkskammer hat am 15. Dezember 1950 ein sogenanntes Gesetz zur Sicherung des Friedens" angenommen. In diesem Gesetz werden nicht nur härteste Strafen bis zum Todesurteil für die Menschen in der Sowjetzone angedroht, die sich auch nur passiv der Bolschewisierung in der Ostzone widersetzen, dieselben Strafen werden allen Bewohnern der Bundesrepublik angedroht, die sich dem kommunistischen Willen zur Beherrschung ganz Deutschlands widersetzen. Dazu nimmt der Parteivorstand der SPD in Hannover wie folgt Stellung: Das Friedenssicherungsgesetz der Pankower Volkskammer basiert auf der sogenannten Verfassung der sowjetischen Satellitenzone, in der bereits die Verurteilung aller Handlungen vorgeschrieben ist, die sich der kommunistischen Gleichschaltung widersetzen. Das kommunistische Terrorgesetz ist illegitim, da es von einer Körperschaft "beschlossen" wurde, die auf Grund von Scheinwahlen zustande gekommen ist. Der SPD-Vorstand sieht darin nur einen weiteren Versuch, den kommunistischen Terror für Gesamtdeutschland zu legalisieren. Diesem Gesetz kommt über seinen Einschüchterungscharakter hinaus eine politische Bedeutung zu. Es entlarvt die kommunistischen Betrüger, die eben erst in ihrem sogenannten "Grotewohl-Brief" die Verhandlungsbereitschaft zur Schaffung eines Konsultativ-Rats für Gesamtdeutschland heuchelten. Sowohl der Grotewohl-Brief als auch dieses "Gesetz" zur Sicherung des Friedens sind Bestandteile einer einheitlichen sowjetisch-irrigierten Offensive, bei der Grotewohl und Ulbricht lediglich die Rolle von Quislingen spielen.

SPD Hessen-Nord trauert um ihren Bezirkssekretär

sp. Am 18. Dezember trägt die SPD Hessen-Nord ihren Bezirkssekretär Sepp Weis zu Grabe. Sepp Weis, der im Alter von 38 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit einem tückischen Leiden erlag, kam aus der sudetendeutschen sozialdemokratischen Bewegung, der er seit seiner Jugendzeit angehört hatte. Nach seiner Ausweisung aus der CSR übernahm er im Juni 1946 die Leitung des SPD-Bezirkssekretariats Kassel. Seither hatte er sich um den Ausbau und die Festigung der SPD in Nordhessen unvergängliche Verdienste erworben, besonders in dem für die SPD so erfolgreich verlaufenen hessischen Wahlkampf. Seine frische, frohe Menschlichkeit, sein kämpferischer Idealismus und seine nimmermüde Arbeitskraft haben ihn zu einem vorbildlichen Repräsentanten der SPD gemacht.